

Zwei Jahre Niedersächsischer Weg – die ehrliche Bilanz

Die Landesregierung hat in der Antwort auf eine umfangreiche Anfrage der Grünen-Fraktion bei der Umsetzung des Niedersächsischen Wegs - anders als bei ihrer offiziellen Zwei-Jahresbilanz – zahlreiche Probleme offengelegt. Im Folgenden ein Überblick über die wichtigsten Bereiche, in denen Natur- und Artenschutz entgegen den hehren Plänen nicht vorankommen.

Schutzprogramm für Wiesenvögel seit Ende 2021 überfällig – Vorlage völlig offen

Der Niedersächsische Weg sieht vor, dass schon bis **Ende 2021** ein ambitioniertes Wiesenvogelschutzprogramm erarbeitet werden sollte. Auch ein halbes Jahr nach dieser Frist befinden sich die „zukünftigen Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen für Wiesenvögel“ **noch „in der Konzepterstellung“** und die „Förderrichtlinie zur rechtssicheren finanziellen Abwicklung des zukünftigen Gelege- und Kükenschutz“ wird aktuell „erarbeitet“. (S. 8f.)

Ministerium zieht bei Planung für landesweiten Biotopverbund blank – Bisher keine Daten

Über den Niedersächsischen Weg sollen **bis Ende 2023** 15 Prozent bzw. 10 Prozent Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselemente des Biotopverbunds gesichert werden. Ob dieses Ziel erreicht werden kann ist völlig unklar. In der Antwort der Landesregierung heißt es: „Aufgrund der vorliegenden Daten auf Grundlage des Niedersächsischen Landschaftsprogramms **kann derzeit keine abschließende Aussage zur Zielerreichung getroffen werden.**“ Selbst über etwaige Sicherungsmaßnahmen **seit 2020 „liegen bislang keine Daten vor“**. Damit zieht das Umweltministerium zu diesem Kernvorhaben des Niedersächsischen Weges quasi blank. (S. 12)

Nur 2 von 22 Roten Listen aktualisiert - Erfassung für bedrohte Arten läuft im Schnecken tempo

Der Niedersächsische Weg sieht eine Aktualisierung der Roten Listen in Niedersachsen vor. Seit Unterzeichnung der Vereinbarung vor zwei Jahren wurden **ganze zwei Listen** (Libellen 2021 und Brutvögel 2022) aktualisiert. Bei insgesamt 22 Rote Listen für die verschiedenen Artengruppen, die teilweise in den 90er Jahren letztmalig aktualisiert worden, ist das Tempo deutlich zu langsam. Bislang sind keinerlei externen Aufträge zur Aktualisierung der Listen vergeben worden. **Dies ist nun mit zwei Jahren Verspätung „ab dem zweiten Halbjahr 2022 geplant“**. (S. 16)

Start neuer Ökostationen für Natura 2000 verzögert sich weiter – Dauerhafte Finanzierung unklar

Zur Stärkung von Natura 2000 sollen rund 15 weitere Ökostationen eingerichtet werden. **Bereits für September 2022** war der Start geplant. Das Landesumweltministeriums (MU) hatte in diesem Zusammenhang angekündigt, **die Förderbewilligungen ab dem 1. Quartal 2022** zu erteilen. Auf Grünen-Nachfrage teilte das MU jedoch mit (Stand 19.07.22): „**Bislang** sind bezüglich der Förderung weiterer Vor-Ort-Betreuungen von Schutzgebieten **keine Bewilligungen** erteilt worden. [...] Diese Bewilligungen sollen i.d.R. bis September 2022 erfolgen“. Da der Förderbeginn ab September 2022 vorgesehen ist, kann von Planungssicherheit für die zukünftigen Ökostationen in fachlicher und personeller Hinsicht keine Rede mehr sein. (S. 7f.) Auch ist die Finanzierung der neuen Ökostationen nicht dauerhaft abgesichert.

Stillstand beim Aufbau eines Katasters für Ausgleichsflächen

In vielen Kommunen gibt es Mängel bei der Umsetzung und zentralen Erfassung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Eingriffe in die Natur. Nach dem Niedersächsischen Weg soll ein landesweites Kompensationskataster erstellt werden, um auch die Umsetzung zu überprüfen. Die Landesregierung ist nicht in der Lage einen Zeitplan für den Aufbau dieses zentralen Kompensationsverzeichnisses beim NLWKN vorzulegen. Es ist bisher **nicht gelungen**, die eingeplante eine (!) **Personalstelle fachlich angemessen zu besetzen**. Ein weiterer Ausschreibungsversuch ist nach Auskunft der Landesregierung „nach dem Sommer

beabsichtigt, um Veränderungen am Arbeitsmarkt abzuwarten“. Bis dahin geschieht inhaltlich vorerst nichts. Gleichzeitig lehnt das Umweltministerium einen Erlass ab, mit dessen Hilfe die Wirkung von Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen in den Kommunen regelmäßig überprüft und öffentlich einsehbar gemacht werden könnte. (S. 16ff.)

Keine Pläne und Daten für Verringerung des Einsatzes chemischer Insekten- und Pflanzengifte

Unter Punkt 13 ist im Niedersächsischen Weg festgeschrieben, den Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel (PSM) zu verringern. Konkrete **Umsetzungsmaßnahmen** sollten „in der **bis Mitte 2021** zu erarbeitenden PSM-Reduktionsstrategie näher definiert“ werden. Auch ein Jahr später ist diese Arbeit noch nicht abgeschlossen. „An einer eigenen Reduktionsstrategie“, werde noch gearbeitet (S. 21). Wie die geplante Reduktion indes überprüft werden soll, ist nicht ganz klar, da der Landesregierung nach eigener Aussage „über niedersächsische Absatzmengen von Pflanzenschutz-Wirkstoffen [...] keine Statistiken vor[liegen]“. (S. 31)

Eckpunkte Papier für weniger Neuversiegelung ohne Wert – Keine Vorgaben zur Umsetzung

Die Versiegelung immer weiterer Naturflächen soll mit dem Niedersächsischen Weg künftig so gesteuert werden, dass deutlich weniger Flächen zugebaut werden. Die eingesetzte **Arbeitsgruppe** hat seit März 2021 mehrfach getagt und **einen Maßnahmenplan entwickelt**, um die Flächenneuanspruchnahme bis 2030 auf weniger als 3 Hektar pro Tag in Niedersachsen zu reduzieren. Die **Umsetzung** allerdings geschieht auf folgende Weise: Die Landesregierung habe das fertige „**Eckpunktepapier [...] auf der Internetseite des Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz veröffentlicht**.“ Von einer verbindlichen Vorgabe für die kommunale Bauleitplanung sehe man jedoch ab, unter anderem auch, weil „Steuerungsansätze, die nicht auf Freiwilligkeit und Anreizstrukturen basieren, auf erheblichen Widerstand der kommunalen Ebene treffen.“ Auch Maßnahmen auf Landesebene wie der Verzicht auf neue Autobahnen und die Ablehnung großer Factory Outlet-Center fehlen. Es bleibt also bei Zielen, die sich in der Praxis kaum durchsetzen lassen, was die Landesregierung wie folgt einräumt: „Derzeit sind die Festlegungen zum Thema Flächensparen im Landesraumordnungsprogramm und den Regionalen Raumordnungsprogramme entweder nur als Grundsätze der Raumordnung normiert, also als zu berücksichtigende Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- und Ermessensentscheidungen, oder sie bewegen sich auf einer so hohen Abstraktionsstufe, dass damit keine unmittelbaren Umsetzungsinstrumente bestehen.“ (S. 32f.)

Immer mehr nichtheimische Nadelbäume im Landeswald - Landesforsten konterkarieren Nds. Weg

Der Niedersächsische Weg legt für die „Waldbauliche Förderung“ fest, dass **grundsätzlich standortgerechte europäische und damit heimische Baumarten** gefördert werden. In einigen Gebieten sind nicht-europäische Baumarten wie die schnell wachsende und für das ökologische Umfeld problematisch Douglasie ausgeschlossen. Nicht-europäische Baumarten sind auf anderen Flächen nur zugelassen, wenn ansonsten drei wichtige Ziele vollständig erfüllt werden: Lenkung der Baumartenwahl, Vorrang europäischer Baumarten, ein Monitoring des Baumbestandes, das ausdrücklich auch nicht-europäische Bäume erfasst. Diese Vorgaben werden nicht umgesetzt. Im Gegenteil: Gerade **die Landesforsten pflanzen bevorzugt Douglasien neu an**. Sie liegt auf Platz zwei der Neuanpflanzungen, wie schon in der Antwort auf die Grünen-Anfrage Waldumbau (Drs. 18/11328) im Juni 2022 deutlich wurde. Dabei gelten im Niedersächsischen Weg für Landesbesitz an Wald besondere Hürden für Neupflanzungen mit nicht-europäischen Bäumen. Sie sollen nur gepflanzt werden, soweit „...die Waldökosysteme in ihrer Leistungsfähigkeit, Stabilität und Elastizität nicht beeinträchtigt werden.“ (43f. Nds. Weg)

Alle Seitenangaben beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf die Drs. 18/11288